



Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

☎ (0911) 4389630

☎ (0911) 435694

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

✉ martin.burkert@bundestag.de

20.03.2015

Große Koalition investiert in Städte

Beim Wohngeld, dem Umbau von Wohnraum und der Städtebauförderung plant die Große Koalition zahlreiche Verbesserungen. Die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und Martin Burkert erläutern, womit Mieter und Eigentümer in Nürnberg und Schwabach rechnen können.

„Mit der deutlichen Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 2016 setzen wir ein weiteres Wahlversprechen um. Vor allem Erwerbstätige mit geringem Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner werden davon profitieren“, so Burkert. Bei der Reform soll auch der Anstieg der warmen Nebenkosten berücksichtigt werden. Rund die Hälfte der Wohngeldempfänger in Bayern sind Rentnerinnen und Rentner.

Vor allem ältere Besitzer von selbstgenutztem Wohneigentum profitieren davon, dass das Programm „Altersgerecht Umbauen“ um 50 Millionen Euro aufgestockt wird. „Wir wollen, dass Ältere nicht umziehen müssen und entwurzelt werden, weil ihre Wohnung nicht barrierefrei ist. Deswegen hat die SPD erfolgreich darauf gedrängt, dass der Bund noch mehr Zuschüsse für Umbaumaßnahmen zur Verfügung stellt“, so Heinrich.

Die Große Koalition wird laut Heinrich und Burkert zudem Modellvorhaben fördern, bei denen Studentenwohnheime entwickelt und gebaut werden, die später altersgerecht von Seniorinnen und Senioren ge-

PRESSMITTEILUNG



Gabriela Heinrich


Mitglied des Deutschen Bundestages


Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

 (0911) 4389630

 (0911) 435694

gabriela.heinrich@bundestag.de

martin.burkert@bundestag.de

nutzt werden können. „Vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft wollen wir nach neuen Wegen suchen, wie Wohnraum flexibler dem aktuellen Bedarf angepasst werden kann“, so Burkert und Heinrich. Auch Wohnungen für Auszubildende sollen in das Programm einbezogen werden.

Mehr Unterstützung für Städte und Gemeinden wird es laut Heinrich und Burkert auch durch den weiteren Ausbau der Städtebauförderung geben. So soll das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus um 84,5 Millionen Euro aufgestockt werden, damit bundesweit unter anderem noch mehr bauliche Kulturgüter unterstützt werden können. Auch die energetische Stadtsanierung will die Große Koalition laut Burkert und Heinrich mit mehr Unterstützung weiter voranbringen. Hierfür werde der Bund rund 175 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

PRESSMITTEILUNG